

(Staatsminister v. Schdewitz.)

(A) bar zugute, da bei ihrer Besetzung regelmäßig untere Stellen frei werden, die dann Arbeitern zugänglich werden. Infolgedessen können in der nächsten Statperiode schon allein auf Grund der Stellenvermehrungen 556 Arbeiter Beamteneigenschaft erlangen. Da außerdem in der kommenden Statperiode nach dem regelrechten Verlauf etwa mit 600 Vakanz zu rechnen ist, so werden in den Jahren 1912 und 1913 zusammen gegen 1200 Arbeiter zu Beamten ernannt werden können. Daß hiermit für den Staat große finanzielle Opfer verbunden sind, namentlich für die spätere Zeit, wo diese Beamten in die höheren Gehaltsklassen einrücken, sowie auch im Falle der Pensionierung, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Nur beiläufig sei übrigens erwähnt, daß z. B. in den letzten 13 Jahren nicht weniger als 7158 Arbeitern der Staatseisenbahnverwaltung die Beamteneigenschaft verliehen werden konnte. Hierbei sind die Militäranwärter nicht mitgezählt. Die Anstellungsverhältnisse sind also, namentlich wenn die im Stat 1912/13 vorgesehenen Stellen bewilligt werden, als günstig zu bezeichnen.

(B) Schließlich ist es gelungen, vom 1. Januar 1911 ab die Leistungen der bei der Staatseisenbahnverwaltung bestehenden Arbeiterpensionskasse wesentlich zu erweitern. Die neue Rententafel sichert den Mitgliedern der Klasse nach der Anzahl der zurückgelegten Mitgliedsjahre Renten, die sich im allgemeinen zu dem Dienst Einkommen in demselben Verhältnis bewegen wie die Beamtenpensionen, und zwar kann die Rente bis zu 1200 M. jährlich steigen. Die Neuregelung bringt Steigerungen der Jahressätze der Zusatzrente bis zu 40 Prozent mit sich. Auch die Witwen- und Waisengelder erfahren Erhöhungen. Die sich nunmehr ergebenden Höchstleistungen der genannten Klasse werden zurzeit von keiner anderen deutschen Eisenbahnarbeiterpensionskasse erreicht. Freilich sind auch die der Staatseisenbahnverwaltung entstehenden Mehrkosten recht erheblich, da bekanntlich die Verwaltung ebenso hohe Beiträge wie die Arbeiter selbst und daneben noch einen namhaften Zuschlag zu den Witwen- und Waisenpensionen beisteuert. Durch die gesamte Neuerung ist dem Staate ein einmaliger Aufwand von rund 107 000 M. erwachsen, während der jährlich wiederkehrende Mehraufwand sogar auf etwa 260 000 M. zu beziffern ist. Interessante Einzelheiten zu dieser Angelegenheit finden Sie ebenfalls im Verwaltungsbericht.

Ich verleihe meiner Freude darüber Ausdruck, daß die erforderlichen Mittel dafür haben bereit ge-

stellt werden können, um die Eisenbahnarbeiter so weitgehender Vergünstigungen teilhaftig werden zu lassen. Gern erkenne ich bei dieser Gelegenheit nochmals an, daß diese Arbeiter im allgemeinen ihren Dienst mit großer Pflichttreue verrichten und sich auch unter schwierigen Verhältnissen, wie sie z. B. während des vergangenen Sommers bei der andauernden großen Hitze und dem außerordentlich starken Verkehr eintraten, ihrer Aufgabe gewachsen erwiesen haben.

(Bravo! links.)

Ich hoffe infolgedessen, daß das Hohe Haus, welches sich jederzeit für das Wohl der Eisenbahnarbeiter in besonderer Weise interessiert hat, auch den neuerlichen weitgehenden Anträgen der Regierung, die eine Verbesserung der Lage der Arbeiter mit sich bringen, zustimmen wird.

(Sehr richtig!)

Die Einstellung von 200 Eisenbahnschreibern und Stationsaufsehern war nötig, um mehr als bisher die wichtigeren, zurzeit von Eisenbahngehilfen verrichteten Arbeiten Beamten zuweisen zu können.

Derselbe Gesichtspunkt ist für die übrigens transitorische Einstellung von 184 Eisenbahnassistenten maßgebend gewesen, womit zugleich die schon lange schwebende Frage der Anstellung älterer Aspiranten ihre Erledigung findet. Im Stat werden nunmehr im ganzen 408 Eisenbahnassistentenstellen als künftig wegfallend bezeichnet. Schon im Jahre 1914 soll mit Wiedereinziehung dieser Stellen begonnen werden, da dann der geplante teilweise Ersatz der Aspiranten durch Gehilfen durchgeführt sein wird.

Besonders möchte ich noch erwähnen, daß 2 neue Verkehrsinspektorstellen — für 2 Betriebsdirektionen — geschaffen werden sollen. Hierdurch wird dem namentlich aus Industrie- und Handelskreisen, insbesondere auch bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Organisationsfrage, laut gewordenen Wünsche entsprochen werden können, wonach eine noch engere Fühlung zwischen der Staatseisenbahnverwaltung und den Interessenten in Verkehrsangelegenheiten angestrebt werden möchte. Es wird dafür gesorgt werden, daß die beiden Beamten zur Erreichung dieses Zweckes verwendet werden.

Über die Frage der Organisation der Staatseisenbahnverwaltung wird der Ständeversammlung demnächst, wie ich schon andeutete, eine besondere Denkschrift zugehen. Ich sehe also heute davon ab, über diese Angelegenheit Näheres auszuführen.